



Brüssel, den 15.11.2013
SWD(2013) 601 final

ARBEITSUNTERLAGE DER KOMMISSIONSDIENSTSTELLEN

Analyse der Übersicht über die Haushaltsplanung DEUTSCHLANDS

Begleitunterlage zur

STELLUNGNAHME DER KOMMISSION

zur Übersicht über die Haushaltsplanung DEUTSCHLANDS

{C(2013) 8001 final}

ARBEITSUNTERLAGE DER KOMMISSIONSDIENSTSTELLEN

Analyse der Übersicht über die Haushaltsplanung DEUTSCHLANDS

Begleitunterlage zur

STELLUNGNAHME DER KOMMISSION

zur Übersicht über die Haushaltsplanung DEUTSCHLANDS

1. EINFÜHRUNG

Am 15. Oktober 2013 hat Deutschland in Einklang mit der Zweierpaket-Verordnung (EU) Nr. 473/2013 die Übersicht über seine Haushaltsplanung für 2014 vorgelegt. Die Übersicht über die Haushaltsplanung wurde von der scheidenden Bundesregierung unter der Annahme einer unveränderten Politik vorgelegt. Deutschland unterliegt der präventiven Komponente des Stabilitäts- und Wachstumspakts und sollte eine solide Haushaltslage wahren, die die Einhaltung des mittelfristigen Ziels sicherstellt.

Da die Schuldenquote 2011 (d. h. in dem Jahr, in dem Deutschland sein übermäßiges Defizit behoben hat) 80,0 % des BIP betrug und somit über dem Referenzwert von 60 % des BIP lag, gelten für Deutschland in den drei auf die Korrektur des übermäßigen Defizits folgenden Jahren die Übergangsregelungen hinsichtlich der Erfüllung des Schuldenstandkriteriums. Es sollte in dieser Zeit genügend Fortschritte bei der Einhaltung der Anforderung erzielen.

In Abschnitt 2 der vorliegenden Unterlage werden die der Übersicht über die Haushaltsplanung zugrundeliegenden makroökonomischen Aussichten dargelegt und auf der Grundlage der Herbstprognose 2013 der Kommission bewertet. Im folgenden Abschnitt werden die jüngsten und geplanten Haushaltsentwicklungen laut Übersicht über die Haushaltsplanung dargelegt und die Risiken für deren Verwirklichung ausgehend von der Herbstprognose 2013 der Kommission analysiert. Dies umfasst insbesondere auch eine Bewertung der Maßnahmen, die der Übersicht über die Haushaltsplanung zugrundeliegen. In Abschnitt 4 werden die jüngsten und geplanten Haushaltsentwicklungen 2013 und 2014 (auch unter Berücksichtigung der Risiken für deren Verwirklichung) vor dem Hintergrund der aus dem Stabilitäts- und Wachstumspakt erwachsenden Verpflichtungen bewertet. In Abschnitt 5 werden die wichtigsten Schlussfolgerungen der vorliegenden Unterlage zusammengefasst.

2. DER ÜBERSICHT ÜBER DIE HAUSHALTSPLANUNG ZUGRUNDELIEGENDE MAKROÖKONOMISCHE ENTWICKLUNGEN

Durch die Abschwächung der Weltkonjunktur und die durch die Schuldenkrise ausgelöste Verunsicherung erhielt das deutsche Wirtschaftswachstum 2012 und Anfang 2013 einen erheblichen Dämpfer. Das BIP brach im letzten Quartal 2012 jäh ein und stagnierte im ersten Quartal 2013, auch aufgrund der außergewöhnlich harschen Wetterbedingungen, bevor anschließend eine ebenfalls wetterbedingte Aufholentwicklung eintrat, durch die das BIP-Wachstum im zweiten Quartal 2013 angeschoben wurde. Nach dem im April veröffentlichten makroökonomischen Szenario, das der Übersicht über die Haushaltsplanung zugrundeliegt (siehe Kasten 1), wird sich die Konjunktur mit der erwarteten Verbesserung der außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Prognosezeitraum wieder beschleunigen, so dass das reale BIP 2013 um 0,5 % und 2014 um 1,6 % wachsen wird. Man geht davon aus, dass das Wachstum in beiden Jahren hauptsächlich von der Inlandsnachfrage getragen wird,

wobei dem privaten Konsum vor dem Hintergrund der robusten Arbeitsmarktentwicklung und steigender Löhne eine maßgebliche Rolle zukommt. Für 2014 wird mit einem soliden Konsumwachstum gerechnet, das mit einem kräftigen Wachstumsbeitrag der Bruttoanlageinvestitionen einhergeht, da im Laufe von 2013 eine Erholung der Ausrüstungsinvestitionen erwartet wird. Das makroökonomische Szenario, das der Übersicht über die Haushaltsplanung zugrundeliegt, entspricht im Großen und Ganzen dem makroökonomischen Szenario des Stabilitätsprogramms, wobei die Arbeitsmarktentwicklung etwas optimistischer eingeschätzt wird. Auch entspricht es im Hinblick auf Tempo und Muster des Wirtschaftswachstums in den Jahren 2013 und 2014 im Großen und Ganzen der Herbstprognose 2013 der Kommission sowie deren Schätzung der potenziellen Wachstumsrate Deutschlands.¹

Tabelle 1: Vergleich der makroökonomischen Entwicklungen und Prognosen

	2012	2013			2014		
	KOM	SP	HPÜ	KOM	SP	HPÜ	KOM
Reales BIP (Veränderung in %)	0,7	0,4	0,5	0,5	1,6	1,6	1,7
Privater Verbrauch (Veränderung in %)	0,8	0,6	0,6	0,9	1,0	1,0	1,4
Bruttoanlageinvestitionen (Veränderung in %)	-2,1	0,5	-0,2	-0,9	4,1	4,1	4,4
Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen (Veränderung in %)	3,2	2,8	1,6	0,3	4,4	5,0	4,6
Einfuhren von Waren und Dienstleistungen (Veränderung in %)	1,4	3,5	2,2	1,0	4,5	5,3	5,7
<i>Beiträge zum realen BIP-Wachstum:</i>							
- Inländische Endnachfrage	0,2	0,6	0,7	0,6	1,5	1,5	1,9
- Vorratsveränderungen	-0,5	0,0	0,0	0,2	0,0	0,0	0,0
- Außenbeitrag	1,0	-0,1	-0,2	-0,3	0,2	0,1	-0,2
Produktionslücke ¹	0,0	-1,0	-0,7	-1,0	-0,8	-0,4	-0,7
Beschäftigung (Veränderung in %)	1,1	0,0	0,5	0,5	0,2	0,3	0,5
Arbeitslosenquote (in %) ²	5,5	5,4	5,1	5,4	5,1	4,8	5,3
Arbeitsproduktivität (Veränderung in %)	-0,4	0,4	0,0	-0,1	1,4	1,4	1,2
HVPI-Inflation (%)	2,1	n.v.	n.v.	1,7	n.v.	n.v.	1,7
BIP-Deflator (Veränderung in %)	1,5	1,8	1,7	2,2	1,7	1,7	1,7
Arbeitnehmerentgelt (pro Kopf, Veränderung in %)	2,6	2,3	2,4	1,9	2,7	2,8	2,7
Nettofinanzierungsüberschuss/-defizit gegenüber dem Rest der Welt (% des BIP)	7,0	6,2	6,0	6,9	6,2	6,0	6,6
<u>Anmerkung:</u>							
¹ In Prozent des potenziellen BIP, wobei das potenzielle BIP-Wachstum von den Kommissionsdienststellen ausgehend vom Programmszenario nach der gemeinsamen Methodik neu berechnet wird.							
² KOM: Eurostat-Definition; SP and HPÜ: ILO-Definition.							
<u>Quelle:</u>							
<i>Stabilitätsprogramm (SP), Übersicht über die Haushaltsplanung (HPÜ), Herbstprognose 2013 der Kommissionsdienststellen (KOM), Berechnungen der Kommissionsdienststellen.</i>							

¹ Die nach Übermittlung der Haushaltsübersicht veröffentlichte gesamtwirtschaftliche Herbstprojektion der Bundesregierung liegt näher an der Schätzung der Kommission, zumal beide auf derselben aktualisierten und teils revidierten Datenbank beruhen.

Kasten 1: Dem deutschen Haushalt zugrundeliegende makroökonomische Prognose

Der Bundeshaushalt und die Haushaltsprojektionen für den Sektor Staat beruhen auf der eigenen gesamtwirtschaftlichen Prognose der Bundesregierung, die nach derzeit verfügbaren Informationen der Kommission nicht von einer unabhängigen Einrichtung im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 473/2013 unterstützt wird. Allerdings zieht die Bundesregierung bei der Erstellung ihrer Projektionen auch die unabhängige Gemeinschaftsdiagnose heran, die zweimal jährlich von führenden Wirtschaftsforschungsinstituten herausgegeben wird. Die Gemeinschaftsdiagnose ist gesetzlich nicht ausdrücklich definiert, sondern wird von der Bundesregierung per Ausschreibung bei Forschungsinstituten in Auftrag gegeben. Sie wird seit 1950 erstellt und gilt als Gutachten von hoher Qualität, zumal mehrere Forschungsinstitute daran beteiligt sind, die ihre Daten, Annahmen und Schlussfolgerungen jeweils gegenprüfen. Die Bundesregierung erstellt eigene gesamtwirtschaftliche Projektionen und ist nicht verpflichtet, sich öffentlich zu der Gemeinschaftsdiagnose zu äußern. Allerdings findet die Gemeinschaftsdiagnose in den Medien große Beachtung und dient als Richtschnur für die Prognose der Bundesregierung, wobei Abweichungen von der Gemeinschaftsdiagnose gewöhnlich im Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie erläutert werden. Erhöht wird die Transparenz darüber hinaus durch die umfassenden Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, die üblicherweise Mitte November veröffentlicht werden. Der Sachverständigenrat ist zwar nicht direkt an der Haushaltsplanung beteiligt, erstellt jedoch auch Wirtschafts- und Haushaltsprojektionen und analysiert in seinen Gutachten die Projektionen der Bundesregierung. Der Sachverständigenrat wurde 1963 durch Gesetz eingerichtet und ist ein Gremium aus fünf unabhängigen wirtschaftswissenschaftlichen Politikberatern, die durch einen wissenschaftlichen Stab und eine Geschäftsstelle mit insgesamt rund 20 Mitarbeitern unterstützt werden. Der Sachverständigenrat genießt hohes Ansehen und findet in der öffentlichen Debatte große Beachtung. Die Bundesregierung ist gesetzlich verpflichtet, gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften zu dem Jahresgutachten des Sachverständigenrates Stellung zu nehmen, was im Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung geschieht. Außerdem wird die Haushaltsplanung durch die Ergebnisse des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ untermauert, die im Frühjahr und im Herbst eines jeden Jahres auf der Grundlage der Wirtschaftsprognose der Bundesregierung erstellt werden. Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ ist ein durch Verwaltungsvereinbarung eingerichteter unabhängiger Beirat beim Bundesministerium der Finanzen; ihm gehören Vertreter auf Arbeitsebene aus dem Bundesministerium für Finanzen, dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, fünf Wirtschaftsforschungsinstituten, dem Statistischen Bundesamt, der Deutschen Bundesbank, dem Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, den Länderfinanzministerien und der Bundesvereinigung kommunaler Spitzenverbände an. Die Bundesregierung übernimmt die vom Arbeitskreis ermittelte Steuerschätzung sowohl in den jährlichen Haushaltsplan (seit 1955) als auch in die mittelfristige Finanzplanung (seit 1968). Die Steuerschätzungen des Arbeitskreises gelten als Schätzungen von hoher Qualität und finden in den Medien große Beachtung.

Die vorgelegte Übersicht über die Haushaltsplanung beruht auf der Frühjahrsausgabe der gesamtwirtschaftlichen Projektionen der Bundesregierung und der Ergebnisse des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“, die bereits im April bzw. Mai veröffentlicht wurden. Die Herbstveröffentlichung der gesamtwirtschaftlichen Projektion der Bundesregierung, der Gemeinschaftsdiagnose und der Steuerschätzungen erfolgt für gewöhnlich erst nach dem Übermittlungstermin für die Übersicht über die Haushaltsplanung.

3. JÜNGSTE UND GEPLANTE HAUSHALTSENTWICKLUNGEN

3.1. Defizitentwicklung

Nach der deutschen Übersicht über die Haushaltsplanung soll der Haushalt des Staates 2013 ausgeglichen sein, was gegenüber dem im Stabilitätsprogramm angesetzten Defizitziel von ½ % des BIP eine leichte Verbesserung darstellt, in der sich auch die günstigen Ergebnisse der ersten Jahreshälfte niederschlagen. Das im Stabilitätsprogramm für das Jahr 2014 gesetzte Ziel eines ausgeglichenen Haushalts wird in der Haushaltsübersicht bestätigt. Signifikante Veränderungen gegenüber dem Stabilitätsprogramm sind in den beiden Jahren weder bei den Gesamteinnahmen und -ausgabenquoten noch bei den einzelnen Einnahmen- und Ausgabenkategorien geplant. Aus der Übersicht über die Haushaltsplanung geht außerdem hervor, dass sich der (neuberechnete) strukturelle Saldo² 2013 geringfügig um 0,3 Prozentpunkte verbessern und 2014 unverändert bleiben soll. In Bezug auf den Gesamthaushaltssaldo, den strukturellen Saldo sowie die Zusammensetzung der Einnahmen und Ausgaben stimmen die in der Haushaltsübersicht enthaltenen Projektionen für beide Jahre im Großen und Ganzen mit der Herbstprognose 2013 der Kommission überein. Allerdings wurde die Übersicht über die Haushaltsplanung noch von der scheidenden Bundesregierung übermittelt. Durch die derzeitige Bildung einer neuen Regierung könnten sich daher noch Änderungen an der Haushaltsplanung ergeben.

² Konjunkturbereinigter Saldo ohne Anrechnung einmaliger und befristeter Maßnahmen laut Neuberechnung der Kommissionsdienststellen anhand der in der Übersicht über die Haushaltsplanung enthaltenen Daten nach der gemeinsamen Methodik.

Tabelle 2: Zusammensetzung der Haushaltsanpassung

(% des BIP)	2012	2013			2014			Veränd.: 2012-2014
	KOM	SP	HPÜ	KOM	SP	HPÜ	KOM	HPÜ
Einnahmen	44,8	45,0	45	44,6	45,0	44½	44,5	n.v.
<i>davon:</i>								
- Produktions- und Importabgaben	11,2	11½	11	11,1	11	11	11,0	n.v.
- Einkommen- und Vermögensteuern	12,0	12½	12½	12,2	12½	12½	12,3	n.v.
- Vermögenswirksame Steuern	0,2	0	0	0,2	0	0	0,2	-0,2
- Sozialbeiträge	16,8	17	16½	16,6	16½	16½	16,4	n.v.
- Sonstige (Restposten)	4,6	n.v.	n.v.	4,6	n.v.	n.v.	4,7	n.v.
Ausgaben	44,7	45½	45	44,7	44½	44½	44,5	n.v.
<i>davon:</i>								
- Primärausgaben	42,3	43	42½	42,4	42	42	42,3	n.v.
<i>davon:</i>								
Arbeitnehmerentgelte	7,6	7½	7½	7,6	7½	7½	7,6	n.v.
Vorleistungen	4,9	5	5	5,1	5	5	5,1	0,1
Sozialleistungen	24,1	24½	24½	24,1	24½	24	24,0	-0,1
Subventionen	0,9	1	1	1,0	1,0	1	0,9	0,1
Bruttoanlageinvestitionen	1,5	1½	1½	1,5	1½	1½	1,5	n.v.
Vermögenstransfers	1,0	n.v.	1,0	n.v.	n.v.	1,0	n.v.	n.v.
Sonstige (Restposten)	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.
- Zinsausgaben	2,4	2½	2½	2,3	2½	2	2,2	-0,4
Gesamtsstaatlicher Haushaltssaldo	0,1	-½	-0	0,0	0	0	0,1	-0,1
Primärsaldo	2,5	2,0	2½	2,3	2½	2½	2,2	n.v.
Einmalige und sonstige befristete Maßnahmen	-0,1	-0	-0	0,0	-0	-0	0,0	0,1
Gesamtsstaatlicher Haushaltssaldo ohne einmalige Maßnahmen	0,2	-½	-0	0,0	0	0	0,1	-0,2
Produktionslücke ¹	0,0	-1,0	-0,7	-1,0	-0,8	-0,4	-0,7	-0,4
Konjunkturbereinigter Saldo ¹	0,1	0,3	0,4	0,5	0,7	0,4	0,5	0,3
Struktureller Saldo²	0,2	0,3	0,4	0,5	0,7	0,4	0,5	0,2
<i>Veränderung des strukturellen Saldos</i>	<i>1,3</i>	<i>0,0</i>	<i>0,3</i>	<i>0,3</i>	<i>0,4</i>	<i>0,0</i>	<i>0,0</i>	<i>-</i>
<i>Veränderung des strukturellen Saldos im Zweijahresdurchschnitt</i>	<i>1,3</i>	<i>0,6</i>	<i>0,8</i>	<i>0,8</i>	<i>0,2</i>	<i>0,2</i>	<i>0,1</i>	<i>-</i>
Struktureller Primärsaldo²	2,6	2,7	2,7	2,8	3,0	2,6	2,7	0,0
<i>Veränderung des strukturellen Primärsaldos</i>		<i>-0,1</i>	<i>0,2</i>	<i>0,2</i>	<i>0,3</i>	<i>-0,1</i>	<i>-0,2</i>	<i>-</i>
Ausgabenrichtwert								
Geltende Referenzrate ³	0,01	1,16	1,16	1,16	1,08	1,08	1,08	-
Abweichung ⁴ (% des BIP)	-0,1	0,2	0,0	0,1	-0,8	-0,3	0,1	-
Abweichung im Zweijahresdurchschnitt (% des BIP)	-0,6	-0,4	0,0	0,0	-0,3	-0,2	0,1	-
Anmerkungen:								
¹ Produktionslücke (in % des potenziellen BIP) und konjunkturbereinigter Saldo nach Neuberechnungen der Kommissionsdienststellen anhand der gemeinsamen Methodik ausgehend von dem in der Übersicht über die Haushaltsplanung enthaltenen makroökonomischen Szenario.								
² Struktureller (Primär-)Saldo = konjunkturbereinigter (Primär-)Saldo ohne Anrechnung einmaliger und sonstiger befristeter Maßnahmen.								
³ Mittelfristige Referenzrate des potenziellen BIP-Wachstums. Hat das Land sein mittelfristiges Ziel im Jahr t-1 erreicht, gilt die (standardmäßige) Referenzrate ab dem Jahr t. Solange das Land noch eine Anpassung in Richtung auf das mittelfristige Ziel durchläuft, gilt eine niedrigere Referenzrate. Die 2014 geltenden Referenzraten wurden 2013 aktualisiert.								
⁴ Abweichung des Wachstums der Staatsausgaben ohne Anrechnung diskretionärer einnahmenseitiger Maßnahmen und gesetzlich vorgeschriebener Einnahmensteigerungen von der geltenden Referenzrate. Die für den Ausgabenrichtwert herangezogenen Gesamtausgaben werden nach der gemeinsamen Methodik ermittelt. Ein positives Vorzeichen zeigt an, dass das Ausgabenwachstum über der geltenden Referenzrate liegt.								
Quelle:								
Stabilitätsprogramm (SP), Übersicht über die Haushaltsplanung (HPÜ), Herbstprognose 2013 der Kommission (KOM), Berechnungen der Kommissionsdienststellen.								

3.2. Schuldenstandentwicklung

Aufgrund der Stabilisierungsmaßnahmen für das Euro-Währungsgebiet und den Finanzsektor erhöhte sich die Schuldenquote 2012 um 1,1 Prozentpunkt auf 81 % des BIP. In den Jahren

2013 und 2014 soll die Schuldenquote gemäß der Übersicht über die Haushaltsplanung sinken, was dem ausgeglichenen Haushalt, dem Nennereffekt des BIP-Wachstums und der laufenden Abwicklung von „Bad Banks“ zu verdanken ist. Wird der Basiseffekt der Abwärtskorrektur der Schuldenquote von 2012 berücksichtigt, stimmt dies mit dem Stabilitätsprogramm überein. Die Schuldenstandprojektionen der Haushaltsübersicht entsprechen im Großen und Ganzen auch der Herbstprognose 2013 der Kommission, in der allerdings keine potenziellen Gewinne aus der Abwicklung von „Bad Banks“ einkalkuliert werden.

Tabelle 3: Schuldenstandentwicklung

(% des BIP)	2012	2013			2014		
		SP	HPÜ	KOM	SP	HPÜ	KOM
Bruttoschuldenquote¹	81,0	80½	79½	79,6	77½	77	77,1
Veränderung der Quote	1,1	-0,6	-1 1/2	-1,5	-2,7	-2 1/2	-2,5
<i>Beiträge²:</i>							
1. Primärsaldo	-2,5	-2	-2 1/2	-2,3	-2 1/2	-2 1/2	-2,2
2. „Schneeballeffekt“	0,7	0,6	0,6	0,2	-0,2	-0,4	-0,5
<i>Davon:</i>							
Zinsausgaben	2,4	2 1/2	2 1/2	2,3	2 1/2	2	2,2
Wachstumseffekt	-0,5	-0,3	-0,4	-0,4	-1,2	-1,2	-1,3
Inflationseffekt	-1,1	-1,5	-1,3	-1,7	-1,3	-1,3	-1,3
3. Bestandsanpassungen	2,8	1	1/2	0,6	0	0	0,3
<i>Davon:</i>							
Differenz zwischen Kassenbasis und Periodenabgrenzungsbasis		n.v.	n.v.		n.v.	n.v.	
Nettogeldvermögensbildung		n.v.	n.v.		n.v.	n.v.	
<i>davon Privatisierungserlöse</i>		n.v.	n.v.		n.a	n.v.	
Bewertungseffekt & Restposten		n.v.	n.v.		n.v.	n.v.	
Anmerkungen:							
¹ Endstand.							
² Der Schneeballeffekt erfasst die Wirkung der Zinsausgaben auf den Schuldenstand sowie die Auswirkung von realem BIP-Wachstum und Inflation auf die Schuldenquote (über den Nenner). Die Bestandsanpassungen enthalten Differenzen zwischen Kassen- und Periodenabgrenzungsbasis, die Geldvermögensbildung sowie Bewertungs- und sonstige Resteffekte.							
Quelle:							
<i>Stabilitätsprogramm (SP), Übersicht über die Haushaltsplanung (HPÜ), Herbstprognose 2013 der Kommissionsdienststellen (KOM), Berechnungen der Kommissionsdienststellen.</i>							

3.3. Der Übersicht über die Haushaltsplanung zugrundeliegende Maßnahmen

Die Übersicht über die Haushaltsplanung enthält keine neuen diskretionären Maßnahmen für 2014. Als diskretionäre Maßnahmen des Staates werden in der Haushaltsübersicht einzig die Hilfsmaßnahmen zur Beseitigung von Hochwasserschäden im Rahmen des im Juli 2013 errichteten Sondervermögens „Aufbauhilfe“ genannt. Dieses Sondervermögen ist mit 8 Mrd. EUR ausgestattet und soll über einen Zeitraum von vier Jahren zur Auszahlung gelangen.³ In den Projektionen berücksichtigt ist außerdem eine weitere Senkung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung im Jahr 2014, die aus der Anwendung einer halbautomatischen gesetzlichen Regelung resultiert und die derzeit günstige Lage der Rentenkassen widerspiegelt. Weder 2013 noch 2014 sind signifikante Einmalmaßnahmen

³ Unter Rundung der Werte auf halbe Prozentpunkte des BIP werden die Auswirkungen des Sondervermögens in der Übersicht über die Haushaltsplanung für die Jahre 2013 bis 2016 mit 0 % des BIP veranschlagt.

geplant. Die Bildung einer neuen Bundesregierung könnte weitere Maßnahmen mit Bedeutung für den Haushalt 2014 zur Folge haben.

4. EINHALTUNG DER VORGABEN DES STABILITÄTS- UND WACHSTUMSPAKTS

Deutschland unterliegt der präventiven Komponente des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Das gesamtstaatliche Haushaltsdefizit lag 2012 unter 3 % des BIP und soll auch 2013 und 2014 unter dieser Marke bleiben, was durch die Herbstprognose 2013 der Kommission bestätigt wird.

Im Hinblick auf das Schuldenstandkriterium befindet sich Deutschland in einer Übergangszeit, d. h. es muss genügend Fortschritte bei der Einhaltung der Anforderung erzielen und den Richtwert für den Schuldenstand bei Ablauf des Übergangszeitraums ab 2014 erfüllen. Ausgehend von der Herbstprognose 2013 der Kommission macht Deutschland 2013 genügend Fortschritte bei der Einhaltung des Schuldenstandkriteriums und wird den Richtwert für den Schuldenstand bei Ablauf des Übergangszeitraums erfüllen.

Kasten 2. Empfehlungen des Rates an Deutschland

Am 9. Juli 2013 richtete der Rat im Rahmen des Europäischen Semesters Empfehlungen an Deutschland. Für den Bereich der öffentlichen Finanzen empfahl der Rat Deutschland insbesondere, eine solide Haushaltsposition wie geplant beizubehalten, die die Einhaltung des mittelfristigen Haushaltsziels während des Programmzeitraums sicherstellt; eine wachstumsfreundliche Finanzpolitik zu betreiben durch zusätzliche Anstrengungen zur Verbesserung der Kosteneffizienz der öffentlichen Ausgaben im Gesundheitswesen und in der Langzeitpflege, indem die Pflegeleistungserbringung besser integriert wird und Prävention, Rehabilitation und eigenständige Lebensführung stärker in den Mittelpunkt gestellt werden; die Effizienz des Steuersystems zu verbessern, insbesondere durch Erweiterung der Mehrwertsteuerbemessungsgrundlage und Neubewertung der Bemessungsgrundlage für die von den Gemeinden erhobene Grundsteuer; den vorhandenen Spielraum zu nutzen, damit auf allen staatlichen Ebenen mehr und effizienter als bisher wachstumsfördernde Bildungs- und Forschungsausgaben getätigt werden; die Schuldenbremse in allen Bundesländern kohärent umzusetzen und dabei zeitnahe und relevante Kontrollverfahren und Korrekturmechanismen sicherzustellen; die hohe Steuer- und Abgabenbelastung, insbesondere für Geringverdiener, zu senken und Fehlanreize für Zweitverdiener abzuschaffen.

Deutschland verzeichnete 2012 einen strukturellen Überschuss von 0,2 % des BIP und hielt somit sein mittelfristiges Haushaltsziel – ein strukturelles Defizit von höchstens 0,5 % des BIP – ein. Nach den in der Übersicht über die Haushaltsplanung enthaltenen Angaben wird Deutschland sein mittelfristiges Haushaltsziel auch 2013 und 2014 einhalten, was durch die Herbstprognose 2013 der Kommission ebenfalls bestätigt wird.

Tabelle 4. Einhaltung des Schuldenstandkriteriums

	2012	2013	2014
		KOM ¹	KOM ¹
Abstand zum Schuldenstand-Richtwert ^{2,3}	k.A.	k.A.	-3,8
Strukturelle Anpassung ⁴ <i>Im Vergleich:</i>	1,3	0,3	k.A.
Geforderte Anpassung ⁵	0,1	-1,1	k.A.
<u>Anmerkungen:</u>			
<p>¹ Bewertung des in der HPÜ vorgezeichneten Konsolidierungspfads unter Annahme eines den HPÜ/KOM-Projektionen folgenden</p> <p>² Entfällt bei Mitgliedstaaten, die im November 2011 Gegenstand eines Defizitverfahrens waren und während der ersten drei Jahre nach der Korrektur des übermäßigen Defizits.</p> <p>³ Differenz zwischen Schuldenquote und Schuldenstand-Richtwert. Ein positiver Wert zeigt an, dass der Richtwert für den Schuldenabbau mit der projizierten Bruttoschuldenquote nicht erfüllt wird.</p> <p>⁴ Nur anwendbar in dem mit der Korrektur des übermäßigen Defizits beginnenden dreijährigen Übergangszeitraum, der für im November 2011 laufende Defizitverfahren eingerichtet wurde.</p> <p>⁵ Gibt an, welche jährliche strukturelle Anpassung im Übergangszeitraum noch erforderlich ist, um zu gewährleisten, dass der Mitgliedstaat den Richtwert für den Schuldenabbau am Ende des Übergangszeitraums erfüllt, wenn sich die KOM--(SP)-Haushaltsprojektionen für das Vorjahr bewahrheiten.</p>			
<u>Quelle:</u>			
Übersicht über die Haushaltsplanung (HPÜ), Herbstprognose 2013 der Kommission (KOM), Berechnungen der Kommissionsdienststellen.			

5. ZUSAMMENFASSUNG

Im Jahr 2013 führt Deutschland einen ausgeglichenen Haushalt und erzielt laut Herbstprognose 2013 der Kommission genügend Fortschritte bei der Einhaltung des Schuldenstandkriteriums; bei Ablauf des Übergangszeitraums 2014 wird es den Richtwert für den Schuldenstand einhalten. Deutschland hat sein mittelfristiges Haushaltsziel 2012 eingehalten; dies wird auch 2013 und 2014 der Fall sein. Der Bundeshaushalt und die Haushaltsprojektionen für den Sektor Staat beruhen auf der eigenen gesamtwirtschaftlichen Prognose der Bundesregierung, die nach derzeit verfügbaren Informationen der Kommission nicht von einer unabhängigen Einrichtung unterstützt wird. Allerdings wird als Richtschnur für die Prognose der Bundesregierung die Gemeinschaftsdiagnose führender Wirtschaftsforschungsinstitute herangezogen. Die Übersicht über die Haushaltsplanung für 2014 beruht auf der Frühjahrsausgabe der gesamtwirtschaftlichen Projektionen der Bundesregierung, die bereits im April veröffentlicht wurden. Auch bleiben folgende im Rahmen des Europäischen Semesters ergangene Empfehlungen des Rates in der Übersicht über die Haushaltsplanung Deutschlands unberücksichtigt: die Kosteneffizienz der öffentlichen Ausgaben im Gesundheitswesen und in der Langzeitpflege zu verbessern, die Effizienz des Steuersystems zu verbessern, den vorhandenen Spielraum zu nutzen, damit mehr und effizienter als bisher Bildungs- und Forschungsausgaben getätigt werden, die Schuldenbremse in allen Ländern umzusetzen, die hohe Steuer- und Abgabenbelastung, insbesondere für Geringverdiener, zu senken und Fehlanreize für Zweitverdiener abzuschaffen.